

Jakob Kaiser:

Neue Viermächte-Begegnung ist nötig

Moskaus Note ist ein Erfolg der westlichen Politik

Berlin (Eigenmeldung). Die neue Sowjetnote erscheine als ein Fortschritt gegenüber den bisherigen Noten, hat Bundesminister Jakob Kaiser erklärt. Der Kreaml erkläre sich immerhin nunmehr bereit, an der von den Westmächten vorgeschlagenen Viererkonferenz teilzunehmen. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre und dem bisherigen Verlauf des Notenwechsels zwischen den Westmächten und Moskau könne man auch von dieser Viererkonferenz — „falls sie zustande kommt, was wir wünschen“ — keine Wunder erwarten. Die Gegensätze seien zu groß, als daß sie sich von heute auf morgen lösen ließen, „auch wenn man vom Notenwechsel zum Konferenzentscheid übergeht“.

Mit dem Notenwechsel, der Bewegung in die deutsche Frage brachte, habe sich manche deutsche Hoffnung verbunden, sagte Jakob Kaiser. „Bisher bestätigte sich keine dieser Hoffnungen aber auch nur annähernd. Das soll nicht heißen, daß der Notenwechsel nutzlos gewesen wäre. Er hat gewiß zu notwendigen Klarstellungen zwischen Ost und West geführt.

Er hat vor allem auch bewiesen, daß den beteiligten Völkern mit Notenwechsel allein nicht geholfen werden kann. Sondern daß es zu neuer Begegnung der Mächte kommen muß, von deren Verständigung nicht zuletzt eine Wendung des deutschen Schicksals abhängt.“

Die realistischste Beurteilung der Möglichkeiten einer Viererkonferenz kann und darf nach Ansicht Jakob Kaisers nicht entmutigen: „Denn wir bekennen uns immer wieder zu der Notwendigkeit, die Wiedervereinigung unseres Landes mit den Mitteln der Politik — d. h. auf friedlichem Wege — zu erreichen. Ein solcher Weg kann nur Schritt für Schritt zurückgelegt werden. Bei dieser notwendigen nüchternen Feststel-

lung gibt es für uns heute eine große Ermutigung. Eine Ermutigung auch für die Zone:

Es gibt keine Lösung der deutschen Frage mehr über unseren Kopf hinweg. Welche Macht das auch immer ver-

suchen würde, sie würde die Wirklichkeit verkennen.

Diese Wirklichkeit ist der unerschütterliche Wille aller Deutschen diesseits und jenseits der noch bestehenden Trennungslinie, sich niemals mit einer Teilung abzufinden.“

Den Deutschen in der Bundesrepublik sei dabei die Verpflichtung entschlossener politischer Aktivität aufgegeben. Den Menschen in der Zone bleibe eine ungleich schwerere Aufgabe: der Wiedervereinigung in Freiheit durch Ansharren zu dienen.

„Wenn wir in dieser unserer beiderseitigen Verpflichtung zusammenwirken, werden wir Erfolg haben.“

Drei Vopo-Regimenter flüchteten

4425 Deserteure in einem Jahr

Berlin (Eigenmeldung). Seit Jahresanfang haben sich insgesamt 4425 Volkspolizisten, unter ihnen 250 Kommissare, als Flüchtlinge bei der Westberliner Polizei gemeldet. Das entspricht etwa der Mannschaftsstärke von drei Regimentern.

Allein im November kamen 453 geflüchtete Volkspolizisten, darunter 37 Kommissare, nach Westberlin.

Gesamtverband der Flüchtlinge

Berlin (Eigenmeldung). Der Landesverband Berlin des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge hielt seine Gründungsversammlung, die von über 1000 Personen besucht war, ab.

Die Grüße des Bundesvorstandes des Gesamtverbandes überbrachte Werner Jöhren; der Bundestagsabgeordnete Dr. Henn vom Bundesvorstand sprach über Zweck und Ziele des Gesamtverbandes, dessen Aufgabe es sei, die Interessen der Sowjetzonenflüchtlinge vor den Parlamenten und den Behörden zu vertreten. Der Gesamtverband ist überparteilich und überkonfessionell. Zum Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin wurde der Kaufmann Otto Kintzel, zu stellvertretenden Vorsitzenden Rechtsanwalt Paul Scheffler und Verlagsbuchhändler Werner Jöhren gewählt. Am 13. Dezember findet in Bonn die Generalversammlung des Gesamtverbandes statt.

Großes diplomatisches Spiel

WG. Mit dem Überraschungseffekt, auf den sich die sowjetische Diplomatie so gut versteht, hat Moskau nun doch einer Viererkonferenz zugestimmt. Diese plötzliche Wendung wurde von der letzten Note der Westmächte herbeigeführt, die zu erkennen gab, daß die Bemühungen um das Zustandekommen einer solchen Konferenz gescheitert seien, und eine weitere Fortsetzung des Notenwechsels keinen Sinn mehr habe. Schon vorher hatte Molotow in einer Pressekonferenz — seit Jahren der ersten, die im Kremli stattfand — gegen die westliche Annahme protestiert, daß Moskau sich einer Viererkonferenz zu entziehen suche. Diese Annahme war zwangsläufig der Tatsache entsprungen, daß die sowjetische Regierung in ihren Noten auf die zweimal ausgesprochene Einladung nach Lugano mit keiner Silbe einging, sondern mit immer neuen Ausflüchten den Notenwechsel anscheinend zu verewigen suchte. Unter dem Zwang der Alternative, entweder die durch Einkerufung der Bermuda-Konferenz vorgezeichnete neue Politik des Westens ungehindert zur Entfaltung kommen zu lassen, oder ihr mit einer diplomatischen Aktion zu begegnen, hat dann die Sowjetregierung schließlich der Viererkonferenz zugestimmt. Daß sie Berlin als Tagungsort vorschlägt, sollte keinen Anlaß zum Streit mit ihr geben. In Berlin nämlich hat im ehemaligen Kontrollrat durch sowjetische Schuld die Spaltung Deutschlands begonnen. Es ist immer sinnvoll, daß der Übeltäter an die Stätte seiner Untat zurückkehrt.

Dramatischer Höhepunkt

Man kann aus der Wendung Moskaus mindestens entnehmen, daß die Sowjets auf die Viererkonferenz größten Wert legen. Sie wird, da sie dem politischen Ringen mehrerer Jahre den dramatischen Höhepunkt verleiht, eine diplomatische Kraftprobe ersten Ranges werden, in

der die Linien schicksalhafter Entscheidungen zusammenlaufen. Ob zu verständigen Lösungen oder nur zur Bestätigung der Unvereinbarkeit beider Positionen — wir werden sehen.

Der Westen muß jedenfalls wissen, daß er mit dem Betreten des Konferenzsaales in ein großes diplomatisches Spiel eintritt, in dem es um höchste Einsätze geht. Er muß wissen, was ihn dort an raffinierter Diplomatie und Propaganda erwartet — bald in Glacéhandschuhen und bald in aufgekrempten Hemdsärmeln —, und er wird sich anstrengen müssen, dem Gegner auf allen Feldern und in allen Phasen dieses politischen Ringens gewachsen und sogar überlegen zu sein. Das wird den Westmächten am besten gelingen, wenn sie mit einer einfachen, klaren und absolut einheitlichen Konzeption am Konferenztiisch erscheinen, aus der die unbedingte Redlichkeit und Rechtlichkeit ihres Willens zur Verständigung für jedermann sichtbar werden. Zwei Ziele allerdings stehen dabei außerhalb jedes politischen Geschäftes: die Freiheit und die Sicherheit jener Welt, für die der Westen verantwortlich ist, und der auch Deutschland zugehört. Wenn er innerhalb dieser Grenzen bis zum äußersten um eine Lösung bemüht bleibt, die zugleich auch dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjets Rechnung trägt, dann wird er gerechtfertigt sein — ob die Konferenz gelingt oder scheitert.

Optimismus oder Pessimismus?

Die Unterhändler der Westmächte müssen sich auch darüber klar sein, daß weder heute noch morgen mit einer Situation zu rechnen ist, in der die Probleme, um die es auf der Konferenz geht, sozusagen mit einem Schlage gelöst werden können. Möglicherweise werden sie vor die Frage gestellt werden, ob sie einer evolutionären, über Zwischenstufen führenden Entwicklung vertrauen sollen, auch wenn sie nicht ganz ihrer bisherigen Konzeption entspricht. Sie werden dann entscheiden müssen, ob das eine Methode sein kann, um wenigstens in lebenswichtigen Fragen, wie z. B. der Deutschlandfrage, gewisse Fortschritte zu erzielen, die über

klar definierte Zwischenstufen eine spätere Gesamtlösung erleichtern würden. Doch wie immer man die Aufgaben und Aussichten der Konferenz betrachtet mag: Man sollte sie weder mit Optimismus noch mit Pessimismus betrachten. Vielmehr muß man den Versuch machen, eine ungewöhnlich wichtige und schwierige Aufgabe mit dem höchsten Einsatz diplomatischer Kunst zu einem überzeugenden Ergebnis zu führen. Auch ein Fehlschlag muß überzeugend sein, damit aus ihm die nun erst recht mögliche und notwendige Konzentration auf eine klare, entschlossene und gemeinsame Politik hervorgeht.

Zwischen Moskau und Paris

Es bedeutet eine tragische Erschwerung der westlichen Position, daß die EVG zugleich Gegenstand leidenschaftlichen Streites in der französischen Nationalversammlung und Hauptangriffsziel der sowjetischen Politik gegen den Westen ist. Hier fördert eines das andere. Das französische Parlament ist der archimedische Punkt geworden, von dem aus Moskau die Politik des Westens aus den Angeln heben möchte. Einer der kommunistischen Führer, der Abgeordnete Jacques Duclos, hat in der außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung seinen bürgerlichen Verbündeten gegen die Europäische Gemeinschaft zugerufen: „Nichts vermögen Sie gegen die EVG ohne die Kommunisten!“ Das ist vollkommen richtig, denn ohne die große kommunistische Gruppe würde die Ratifizierung der Verträge kein französisches Problem sein. Aber ebenso richtig ist: Kommunisten und Nationalisten, die sich zusammenfinden, können zwar überall eine Politik sabotieren, aber nirgendwo eine neue gemeinsam aufbauen.

Übersehen wir aber nicht, daß in der Debatte der Nationalversammlung vieles gesagt wurde, was ermutigend ist, aus der Bereitschaft, mit Deutschland gemeinsam eine europäische Gemeinschaft zu erfüllen. Diese europäische Stimme ist viel mehr die Stimme Frankreichs als die der Kommunisten und ihrer bürgerlichen Verbündeten. Wir hoffen, daß sie sich gegen alle Widerstände durchsetzen wird.

Hauptziel bleibt die deutsche Einheit

Den Haag (AP). Bundeskanzler Adenauer hat in einem Interview mit dem Bonner Korrespondenten der Amsterdamer Zeitung „Het Parool“ erklärt, das Hauptziel der deutschen Politik sei, Mittel- und Ostdeutschland in die Sphäre der westlichen Demokratie zurückzuführen.

Das könne nur durch die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit geschehen, das bedeute durch gesamtdeutsche Wahlen, Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und Abschluß eines Friedensvertrages zwischen dieser Regierung und den Siegermächten.

Zweijahresplan für Flüchtlinge

Bonn (AP). Die Ansiedlung von 40 000 vertriebenen Bauernfamilien innerhalb der nächsten beiden Jahre schlägt Bundesvertriebenenminister Oberländer in dem von ihm entwickelten Zweijahresplan vor. Als weiterer wesentlicher Punkt seines Plans wird die Räumung der Flüchtlingslager bezeichnet. Zur Zeit leben noch etwa 300 000 Vertriebene in Lagern.

Anlässlich seines ersten Berlin-Besuchs appellierte Oberländer an die Einigkeit der Heimatvertriebenenverbände und stellte den Berliner Landesverband als erstrebenswertes Vorbild für den zu schaffenden Gesamtverband dar. Er kündigte an, daß er die zwei großen Vertriebenenverbände der Bundesrepublik zu Einigungsverhandlungen nach Berlin einladen werde.

Nur 1% Arbeitslose

Dortmund (DPA). Im Ruhrgebiet mit seinen rund 3000 Quadratkilometern leben gegenwärtig 4,4 Millionen Menschen. Nach einer von der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammer veröffentlichten Statistik arbeiten davon 485 000 im Bergbau und 435 000 in den übrigen Industrien. Es gibt nur 42 000 Arbeitslose. Das ist noch nicht 1 Prozent.

Kraft für die Zukunft

„Mehr arbeiten — besser leben“, diesen verlogenen Leitsatz des Übersollsystems hat die SED wieder auf propagandistischen Hochglanz poliert. Das „besser leben“ wurde mit einer Steuererleichterung und einer Preissenkung für sonst nicht verkäufliche Ladenhüter abgetan. Nun sollen Tausende von Meter zusätzlich gewebter Stoffe, zusätzlich geförderter Tonnen Kohle, chemischer Fabrikate, Stahlerzeugnisse dem SED-Staat ein Vielfaches der Einbuße an Steuergeldern wieder einbringen.

Ein schlechtes Geschäft für den Arbeiter. So offensichtlich unrentabel, daß selbst Pankow nicht glaubte, jemand könne freiwillig darauf eingehen. Deshalb wurde die alte Form des Wettbewerbs abgeschafft: Nicht mehr auf längere, schwer kontrollierbare Zeiträume sollen die Selbstverpflichtungen abgeschlossen werden, sondern eine bestimmte Übersolleistung wird für einen Monat festgesetzt und dann regelmäßig gesteigert. Als „Erfinderin“ dieses Übersollsystems mit eingebauter Kontrolluhr präsentierte man eine Frida Hockauf.

Hinter der Hockauf-Bewegung aber warten Zuchthausstrafen für die, die nicht ihr letztes bißchen Gesundheit für den Staatsbetrieb opfern wollen. Man stelle sich vor: Arbeiter der sowjetzonalen Staatsbetriebe werden verhaftet, nicht weil sie nicht arbeiten wollen, sondern weil sie nicht noch mehr arbeiten wollen!

Pankow mußte 48,19 Milliarden Mark an Moskau zahlen

Berlin (Eigenmeldung). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hat im Zusammenhang mit dem Vorschlag Ulbrichts über die Frage der Reparationen erklärt, daß von der Bundesrepublik Reparationen, wie sie die Sowjetzone habe leisten müssen, nicht geleistet wurden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat in überaus vorsichtiger Weise eine Zusammenstellung der Leistungen der Sowjetzone für Reparationen und Besatzungskosten von 1945 bis 1953 angefertigt. Daraus ergibt sich, daß die So-

aber Staatssicherheitsdienst und die Arbeitskraftplaner in Pankow haben sich damit auf ein gefährliches Gebiet begeben. Es gibt Grenzen, an denen auch der Zwang versagt. Dort nämlich, wo man Menschen zur Selbstvernichtung treiben will. Der Arbeiter in der Sowjetzone weiß: Er ruiniert sich selbst, seine Gesundheit und seine Arbeitskraft, wenn er auch nur noch einer einzigen Erhöhung seines Solls zustimmt. Gesundheit und Arbeitskraft aber braucht er für die seit Jahren ersehnte Zukunft in einem geeinten und freien Deutschland, wo auch er endlich, wie heute sein Kollege in Westdeutschland, für seine Leistung wieder echten Lohn und brauchbare Waren bekommt. Niemand verkauft seine Hoffnung auf diese Zukunft für einen Aktivisten-titel. Und kein Risiko ist zu groß, um sie zu bewahren.

Deshalb lehnen die Belegschaften der sowjetzonalen Staatsbetriebe geschlossen jede Produktionssteigerung ab. Mehr noch: Sie schrauben ihre Arbeit auf ein normales Maß zurück. Dem „Mehr arbeiten — besser leben“ der SED steht längst die Parole der Arbeiter entgegen: „Arbeite langsam!“ Denn die Kraft, die sich der Arbeiter der Sowjetzone heute bewahrt, ist sein Wechsel auf die Zukunft. Sozusagen sein persönliches Sparkonto, das ihm Pankow letzten Endes trotz Volkspolizei, SSD und Verhaftungen doch nicht sperren kann.

wjetzone in der angegebenen Zeit rund 48,19 Milliarden Mark hat zahlen müssen. Diese Zahlen sind eher zu niedrig als zu hoch. Es ist in ihnen außerdem die sogenannte Beuteaktion der UdSSR unmittelbar nach Kriegsende nicht enthalten. In diesen Zahlen betragen die Leistungen an Warenlieferungen nahezu 35 Milliarden Mark. Die Kaufpreise für zurückgegebene SAG-Betriebe beziffern sich auf 2,5 Milliarden Mark, und die Kosten des Uranbergbaus von 1947 bis 1953 haben sich ebenfalls auf nahezu rund 8 Milliarden Mark belaufen.

Eine erfolgreiche Europa-Konferenz

Das Treffen der Außenminister — Ziel: Freier Warenverkehr

Den Haag (AP/DPA). Die Konferenz der Außenminister der sechs Montan-Union-Staaten im Haag, die jetzt beendet wurde, ist von Bundeskanzler Dr. Adenauer als die „erfolgreichste Konferenz der europäischen Staaten, die bisher stattgefunden hat“, bezeichnet worden. Zum erstenmal hätten sich auf dieser Konferenz auch die Regierungen auf den Grundplan eines politisch geeinten Europas festgelegt.

Wie aus dem Schlußkommunique der Außenminister-Konferenz hervorgeht, ist ein gemeinsamer Markt der sechs Staaten das wirtschaftliche Ziel. Der gemeinsame Markt soll den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie die Freizügigkeit der Personen gewährleisten. Die noch nicht geklärten Fragen im Zusammenhang mit der Bildung der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) soll eine Studienkommission bis zum 15. März klären. Die Außenminister selbst wollen am 30. März in Brüssel wieder zusammenkommen.

Als die politisch wichtigste Entscheidung bezeichnete Dr. Adenauer die Zustimmung der Minister zur direkten Wahl einer Völkerkammer der EPG durch die Bevölkerung der sechs Staaten. „Ich verlasse Den Haag

mit der festen Überzeugung, daß wir jetzt neue Hoffnung für die baldige Verwirklichung der EPG haben dürfen ... Es geht vorwärts“, sagte Adenauer.

Begnadigung abgelehnt

Washington (DPA). Eine Begnadigung des wegen Spionage für die Sowjetunion verurteilten Alger Hiss, eines ehemals leitenden Angestellten des US-Außenministeriums, hat der Gnadausschuß der US-Regierung jetzt zum zweitenmal abgelehnt.

Laßt die Gefangenen frei!

Eindringlicher deutscher Appell vor den UN

New York (DPA/AP). Staatssekretär Prof. Hallstein appellierte an die UN, sich für die Heimführung der vielen noch in kommunistischen Ländern befindlichen deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen. Hallstein, der als erster Vertreter der Bundesrepublik vor einem Ausschuß der UN sprach, forderte ferner die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei auf, die noch festgehaltenen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen freizulassen.

Hallstein teilte dem Sozialausschuß mit, daß nach dem Stand

Was dem Osten recht ist ...

New York (DPA/AP). Der britische Staatsminister Selvin Lloyd wandte sich im Politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung gegen die Behauptung des sowjetischen Delegierten Wyschinski, die Bermuda-Konferenz werde die internationale Spannung erhöhen.

„Wir haben nichts dagegen, daß Mao Tse Tung Moskau besucht, um mit Malenkow gemeinsame Probleme zu erörtern“, sagte Lloyd. „Ich kann nicht verstehen, warum Wyschinski in der Tatsache etwas Bedauerliches sieht, daß sich die Regierungschefs der Westmächte in Bermuda treffen werden.“

von 1. September nachweislich 102 958 deutsche Soldaten lebend in Gefangenschaft geraten, bis auf die in den letzten Wochen entlassenen 6870 Personen aber bisher nicht zurückgekehrt sind. Die Bundesregierung habe ferner Beweise dafür, daß noch mindestens 133 000 deutsche Zivilpersonen in der Sowjetunion festgehalten werden. Polen und die Tschechoslowakei halten nach den Angaben des Staatssekretärs 2047 bzw. 3434 deutsche Gefangene zurück.

Nach Hallstein sprachen zum gleichen Thema Vertreter Japans und Italiens. Der italienische Delegierte teilte mit, daß seine Regierung keine Informationen über das Schicksal der an der Ostfront vermißten 63 000 italienischen Soldaten besitze. Bisher sei erst ein einziger Italiener aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt.

Brüssel für Verteidigungsgemeinschaft

Die dritte Zustimmung — Bald Ratifizierung

Brüssel (AP/DPA). Als drittes Abgeordnetenhaus eines EVG-Landes stimmte die belgische Kammer mit Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung des EVG-Vertrages. Das Haus sprach sich mit 148 gegen 49 Stimmen bei drei Enthaltungen für den EVG-Vertrag aus. Das Gesetz über die Ratifizierung des EVG-Vertrages kommt jetzt vor den Senat. Eine Mehrheit für den Vertrag ist auch dort sicher.

In Holland, dessen zweite Kammer schon im vergangenen Juli mit 75 gegen 11 für den EVG-Vertrag stimmte, hat am Donnerstag ein Sonderausschuß des Senats auch der ersten Kam-

mer die Ratifizierung empfohlen. Die Senatoren sprachen sich für den Verbleib der britischen und amerikanischen Truppen auf dem Kontinent aus.

Aller Voraussicht nach werden Belgien und Holland den EVG-Vertrag Ende Dezember oder Anfang Januar ratifizieren, Italien etwas später.

Ein Eingeständnis

Vatikanstadt (KNA). Das Schweigen der Kommunisten auf die Meldung, Kardinal Wyschinski befinde sich zusammen mit Berija in der gefürchteten Lubjanka in Moskau, sei ein unerwolltes Eingeständnis, erklärte der Vatikanseher,

Aufruf zur Hilfe

Bonn (DPA). Mit einem Appell an die deutsche Bevölkerung hat Bundespräsident Heuss einen Aufruf der deutschen Wohlfahrtsverbände unterstützt, für die Kriegsgefangenenhilfe zu spenden. „Wir hoffen alle, daß das so leidvolle Kapitel der Kriegsgefangenen bald abgeschlossen werden möge. Aber niemand darf verkennen, daß es noch in sehr schmerzhafter Weise aktuell ist“, erklärt der Bundespräsident.

Ulbrichts Schlag ins Wasser

Reparationen als Waffe in der „Friedensoffensive“ — Verlogene Argumente

Mit allen Mitteln wird die sogenannte „Friedensoffensive“ der Sowjetzonenmachthaber fortgesetzt. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht irgendein neuer Vorstoß zu verzeichnen wäre. Noten, Appelle, Protestversammlungen, Briefe, ja sogar Volkskammertagungen müssen herhalten, das Trommelfeuere zu verstärken. Dabei ist dem Haupttrommler, Ulbricht, jedes Mittel der Hetze, Verleumdung, Verstellung, der Lüge, aber auch der Lockung recht. Man kennt sie alle schon längst aus Erfahrung und weiß, was man von ihnen zu halten hat.

Herr Ulbricht hat sich vor einigen Tagen auch in einem Brief an die Bundesregierung mit der Frage der Reparationen und der Besatzungskosten befaßt und diesen Brief noch in einer höchst einseitigen Pressekonferenz erläutern lassen, die nur die Gelegenheit abgeben sollte, die von den westlichen Alliierten betriebene „schamlose Ausbeutung“ mit Milliardenzahlen zu unterstreichen.

Über die erschreckende Höhe der Kosten und Opfer des verlorenen Krieges brauchen wir keine Worte zu verlieren, sie werden uns jeden Tag aufs neue vor Augen geführt. Aber wenn Herr Ulbricht die Demontagen, die Reparationen und Besatzungspolitik der Westalliierten angreift, so hätte doch nichts näher gelegen, als daß er nun einmal mit genauen Zahlen, nicht etwa zu 1944er Preisen, aufgewartet und die Opfer hüben und drüben einander gegenübergestellt hätte. Aber darüber schweigt er wohlweislich.

Er regt sich über die Demontagen im Westen auf. Hat es je etwas Schlimmeres an Ausraubung gegeben, als die sowjetischen Demontagen, die wir Berliner genugsam kennengelernt haben? Wir wissen, daß sie selbst nicht halt machten vor der letzten elektrischen Leitung und dem letzten Schalter.

Noch sind sie offenbar gar nicht zu Ende. Bei der Rückgabe der zunächst auch demonitierten und dann wieder aufgebauten SAG-Betriebe geht der Streit um den Verbleib der von den Sowjets durchgeführten Investitionen.

Ulbricht müßte selbstverständlich auch sprechen von den Eingriffen in das Privateigentum, von den entschädigungslosen Enteignungen an Grund und Boden sowohl wie an Betrieben jeglicher Art. Er müßte reden von der Überführung der Be-

triebe in Volkseigentum und von der Ausbeutung der Wirtschaft durch die Entnahmen aus der laufenden Produktion, die sich im Laufe der Zeit auf eine hohe elfstellige Ziffer aufgehäuft haben. Was die Sowjets aus den SAG-Betrieben herausgeholt haben, ist schwer zu schätzen. Ihre Besatzungskosten allein haben zeitweise einen sehr hohen Prozentsatz des gesamten sowjetzonalen Budgets ausgemacht.

Wenn er heute auf deren großzügige Verminderung hinweist, so müßte er erwähnen, daß sie mit Milliardenziffern ersetzt worden sind durch eigene Aufrüstung und Ausstattung einer immer größer werdenden Volksarmee.

Ulbricht wagt auch zu sprechen von der Überfremdung mit ausländischem Kapital. Er vergißt zu erwähnen, daß es kaum je eine größere Überfremdung als in der Ostzone gegeben hat.

General Motors hat längst vor dem Kriege die Opelwerke gekauft. Ford errichtete mit eigenem Geld seine Kölner Fabrik. Firestone kaufte die Phoenix-Aktien ebenfalls mit eigenem Geld. Westdeutschland braucht weiteres ausländisches Kapital, um seine Werke so auszurüsten, wie es notwendig ist.

Die von den Sowjets verursachte Notlage in der Sowjetzone hat diese selbst in erheblichem Maße verschulden lassen. Freilich handelt es sich hier um eine großzügige Geste der freundschaftlich gesinnten Sowjets. Beim Marshallplan und den anderweitigen Hilfen, die Westdeutschland so sehr geholfen haben, kommt selbstverständlich nur Versklavung in Frage. Wir werden sehen, welche Rechnung die Sowjets für ihre „großzügige Hilfe“ präsentieren.

Ulbricht hätte jedenfalls mit genauen Angaben über solche

Politik den Beweis erbracht, warum das einst blühende Deutschland hinter dem Eisernen Vorhang eben durch die Ausaugungspolitik der Sowjets und durch die in ihren Dienst gestellte Wirtschafts- und Rüstungspolitik der DDR so sehr geschwächt wurde, daß ihre Bevölkerung noch heute darben muß. Der Gläubiger Sowjetunion hat in den letzten Jahren schon immer zu erkennen gegeben, daß er seine Gläubigerrechte mißbraucht für wirtschaftliche und politische Zwecke.

Ulbricht zetert gegen die Regelung der deutschen Auslandsschulden. Ob er sie genau so angreifen würde, wenn die Sowjets die Gläubiger gewesen wären? Er wettet gegen den Vertrag mit Israel, obwohl er eine Wiedergutmachung von Unrecht bedeutet. Auch die Beschlagnahme des deutschen Auslandseigentums und die Fortnahme aller Patente wird schärfstens angegriffen. Das Auslandseigentum war für die Sowjets nicht erreichbar. Sie haben sich schadlos gehalten am Inlandseigentum.

War die Wertpapierbereinigung nicht eine Folge davon, daß die Sowjets die Berliner Wertpapierdepots ausgeplündert haben? Haben sie sich nicht auch deutscher Patente bemächtigt, wo sie sie bekommen konnten? Haben sie nicht Hunderte von deutschen Wissenschaftlern gegen ihren Willen nach Rußland verschleppt und entgegen den Abmachungen festgehalten?

Wo wäre Westdeutschland hingekommen ohne den Marshallplan und ohne die anderen Hilfen? Das Ergebnis ist jedenfalls, daß das Aufleben der westdeutschen Wirtschaft dank solcher Unterstützungen, dank aber vor allem des Fleißes einer Bevölkerung, die ohne Furcht und Schrecken tätig sein kann, als ein Wunder angesehen wird, während Ulbricht von seiner Republik nur sagen könnte, daß sie viele, viele Milliarden braucht, damit sie wieder in den Stand gesetzt wird, wie er vor der Ausbeutung durch seine Freunde für Reparationsleistungen gewesen ist.

Magistrat unter SED-Kommando

Die klägliche Rolle des Ostberliner „Oberbürgermeisters“

In diesem Monat sind es fünf Jahre, seit die SED die einheitliche Verwaltung Berlins zerschlug. Der Ostmagistrat nahm diesen 30. November zum Anlaß, um sein fünfjähriges Bestehen mit großem Aufwand zu feiern unter der Devise: „Das ganze Berlin unter einem Magistrat!“ Daß dieser Magistrat selbstverständlich kommunistisch sein soll, konnte man aus allen „Festreden“ erfahren. Was man in diesen Reden jedoch nicht erzählt hat, ist die Tatsache, daß die ganze Ostberliner Stadtverwaltung der örtlichen Leitung der Staatspartei untersteht und daß sie eine Reihe von Magistrats-Referaten hat, die nichts anderes sind als kaschierte Agentenzentralen.

Da ist erst einmal der „Oberbürgermeister“ Ebert. Er untersteht sowohl dem Zentralkomitee als auch direkt dem Sekretariat der Bezirksleitung Berlin der SED. Praktisch hat der Ostberliner SED-Sekretär Alfred Neumann in allen Fragen der Stadtverwaltung größeren Stimmrecht als das „Stadtoberhaupt“. Wer sich die Mühe macht, die Strukturpläne von Ostmagistrat und SED-Bezirksverwaltung in ihren Aufgabenbereichen zu vergleichen, kann diese seltsame Tatsache jederzeit beweisen. Jede Magistratsabteilung, selbst wenn sie von einem Vertreter der nicht-kommunistischen Parteien geführt wird, untersteht in ihrer Beschlußfassung der zuständigen Abteilung der SED-Bezirksleitung Berlin. Wo keine direkte Kontrolle gewährleistet ist, greift die Leiterin der SED-Abteilung, Org.-Instruktore, Johanna Blecha (SED/SSD), ein. Selbst Beschlüsse und Verfügungen von Ebert und seinen Stellvertretern können nur mit Zustimmung der Blecha gefaßt werden. Für den „Oberbürgermeister“ ein bemerkenswertes Maß an politischer Selbständigkeit.

Weiter gibt es die sogenannte Abteilung Marktforschung, die personalmäßig dem Ostmagistrat angegliedert ist, jedoch durch Sonderbeschluß dem Sekretär der SED-Bezirksleitung Bruno Baum untersteht. Ihre Aufgabe ist Wirtschafts- und Industriespionage in Westberlin.

Als direkte SSD-Organisation und berüchtigte Spionagezentrale existiert weiterhin das Referat „Gesamtb Berlin“ unter Leitung des Ex-Vopo-Präsidenten Waldemar Schmidt. Dieses Referat sieht seine Hauptaufgabe darin, Spitzel nach Westberlin einzuschleusen, Agenten für den SSD anzuwerben und dem SSD ge-

fährlich dünkende Personen überwachen zu lassen. Diese Abteilung und das Sekretariat des „Oberbürgermeisters“ geben auch die Magistrateausweise für die Ostberliner SED-Angehörigen aus.

Vom Staatssicherheitsdienst angeworbene Agenten erhalten nicht selten einen der sogenannten „Volksvertreter“ als Kontaktmann zugeteilt. Vom kleinen Hausobmann über den Straßenvertrauensmann zum Volksvertreter und dem Wollweberischen Staatssekretariat führt der Weg der Ostberliner „einheitlichen Stadtverwaltung“.

Was bleibt, sind demagogische Erklärungen Ostberliner SED-Sekretäre: „Berlin hat Arbeit für alle!“, „Ost-West-Handel beseitigt Arbeitslosigkeit!“ und „Schafft sonnige, luftige Wohnungen für die Arbeiter!“ Sprüche ohne Realität.

Berlin hätte Arbeit für alle! Die von den Kommunisten betriebene Spaltung der Stadt und ihre Trennung vom Hinterland

hat den Westberlinern diese Arbeit genommen. Mit ein Grund, weshalb sich die SED vergeblich müht, die Arbeitslosen Westberlins für politische Demonstrationen zu mißbrauchen. Solange Ostberliner Kreisleitungs-Funktionäre bei SED-Krawallen „arbeitslose Westberliner“ imitieren müssen, bleibt bewiesen, daß auch die Westberliner die Hauptursache ihrer Arbeitslosigkeit erkennen.

Ost-West-Handel? Warum nicht? Aber keinesfalls, wenn damit der Zonenbevölkerung die lebensnotwendigsten Waren entzogen werden und die SED im Westen strategische Güter für den Ostblock einkaufen will. Der kleine Ost-West-Handel blüht in Berlin. Aber: Im Westen der Stadt kann jeder frei kaufen und im Osten verlangt man beim Einkauf den Personalausweis!

Sonnige, luftige Wohnungen für die Arbeiter? Leben die Ostberliner Arbeiter sonniger und luftiger als die in Westberlin? Der Westberliner Senat hat durch offene Klarlegung der Bautätigkeit nachgewiesen, daß in Westberlin das Vielfache von Wohnungen gegenüber dem Neubau im Ostsektor entsteht. Nur baut man hier keine staatliche Renommierstraße. Wenn der Westberliner Senat auf sämtliche Handelsware einen 200-prozentigen „HO“-Zoll legen würde, finanzierte er vermutlich den Neubau eines ganzen Stadtbezirks. Die Westberliner würden sich bedanken.

Augenerkrankungen durch Stromsperre

Berlin (Eigenmeldung). Nach einer Feststellung der Gesundheitsämter in den Bezirken Halle, Erfurt und Magdeburg hat die Zahl der Augenerkrankungen im Vergleich zu 1939 um 35 Prozent zugenommen.

Auffallend ist der Anteil der Jugendlichen, bei denen Augenerkrankungen gegenüber 1939 um 50 Prozent zugenommen haben. Als Ursache werden die anhaltenden Stromsperrungen und die mangelhaften Lichtquellen in den Schulen und in den Haushaltungen bezeichnet.

Neue Störsender

Berlin (AP). Unter strenger Geheimhaltung werden gegen-

wärtig in einigen Ostberliner Betrieben etwa 250 kleinere Störsender gebaut, berichtet der Untersuchungsausschuß freier Juristen. Durch den Einsatz dieser Sender soll der Empfang der westlichen Radiostationen in der Sowjetzone weiter erschwert werden.

Gefährliche Straßenbahnen

Berlin (Eigenmeldung). „Praktisch 60 Prozent aller Straßenbahnwagen“ müßten aus dem Verkehr gezogen werden, da sie den allgemeinen Verkehrssicherheitsbestimmungen nicht entsprechen, verlautet aus der technischen Leitung der Ostberliner Verkehrsgesellschaft.



„Steig' erst hier auf, mal sehen,
ob du sattelfest bist!“

Nur flüstern . . .

Geographie

Ein Fremder, der Berlin besucht, möchte sich die Sehenswürdigkeiten der Stadt ansehen. Zufällig gerät er in den Ostsektor.

„Was ist denn hier am sehenswertesten?“ fragt er einen Volkspolizisten.

„Die Stalinallee!“

Der Fremde sieht sich die Stalinallee an.

„Und was ist der größte Neubau hier seit 1945?“ fragt er dann einen FDJler.

„Die Sowjetbotschaft.“

Was denn in dieser Stadt wohl am sorgfältigsten gehütet werde, fragt der Fremde später am Brandenburger Tor. Diesmal hat er einen Arbeiter erwischt. Mit sichtlichem Abscheu meint der: „Wenn mich nicht alles täuscht, die rote Fahne da auf dem Tor!“

Die Linden entlang zieht gerade wieder ein Festzug mit Fahnen und den Bildern der sowjetischen Parteigrößen.

Völlig verwirrt wendet sich der Fremde wieder an einen Straßenpassanten: Wo denn das Schloß geblieben sei? „Gibt es nicht mehr!“ Und der Lustgarten? „Der heißt jetzt Marx-Engels-Platz.“ Und der Schlesiische Bahnhof? „Der heißt jetzt Ostbahnhof.“

Sinnend geht der Fremde weiter. Da spricht ihn auf der Schloßbrücke ein anderer, ebenso verwirrter Fremder an: „Was ist denn das hier für ein Fluß, die Spree?“

Sieht der erste Besucher ihn müde an: „Das habe ich zuerst auch gedacht. Aber wir irren uns bestimmt. Das ist die Wolga!“

Sorgen hinter östlichen Kulissen

Es ist in Bereichen der Diktatur verhältnismäßig leicht, den erforderlichen Applaus auch da, zu inszenieren, wo er infolge der Abneigung der Bevölkerung gegen das Regime gar nicht vorhanden ist. Bei Funkdarbietungen kann man ihn nach Bedarf einblenden. Bei politischen und „kulturellen“ Veranstaltungen ermöglicht die kaderweise angetretene Claque die „frenetische“ Beifallskundgebung.

Die Schwierigkeit beginnt erst da, wo der Applaus unerwünscht ist, wo er sogar ganz deutlich zum Protest wird. Zum peinlichen Protest, den selbst für SSD kaum verfolgen kann. So schwitzt der in Pankow so überaus geschätzte Intendant des Ostberliner Deutschen Theaters, Langhoff, bei jeder Don-Carlos-Aufführung Blut und Wasser. Jeweils vor dem ent-

sprechenden Auftritt beschwört er hinter den Kulissen den Darsteller des Marquis Posa, bei allem klassischen Elan diesen einen einzigen Satz, der so offenbar an den Grundpfeilern des roten Regimes rüttelt, nur so ganz nebenbei, ganz sanft und unbetont zu sprechen. Es ist vergebens. Und wenn auch nur zephrigleich dieser Satz von der Bühne gehaucht wird „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“: Er wird verstanden. Er wurde ja erwartet, den ganzen Abend schon. Und der Sturm bricht los. Die Szenerie steht starr, bis ganz allmählich der Beifall verrauscht. Und Herr Langhoff faßt sich verzweifelt ans fortschrittliche Haupt.

In Potsdam ist es die linientreue Kunstwächterin Weintraut, Intendantin des Potsdamer Landestheaters, die beschwörend die Hände hebt. „Sie

müssen es erreichen“, flüstert sie mit bedrängter Stimme der ratlosen Darstellerin von Brechts „Mutter“ zu, „daß dieser Satz, gerade dieser einzige Satz, keinen Applaus herausfordert!“ Und gehorsam säuselt die eingeschüchterte Schauspielerin: „Und wie es ist, bleibt es nicht.“ Obwohl ihr hier jede kleinste Sprechpause untersagt ist, trampelt die Menge im Parkett bereits vor Begeisterung. Und erst nach minutenlanger Pause folgt die ebenso bezeichnende und vom Publikum ungeduldig erwartete Stelle: „Wenn die Herrschenden gesprochen haben, werden die Beherrschten sprechen!“

Herr Brecht ist freilich über jeden Verdacht der Sabotage erhaben, denn er hat dieses Stück bei Gorkis Roman seitensweise abgeschrieben. Aber wie es eben so geht . . .

Weggenossen durchs neue Jahr

Kunst, Landschaft und Humor in neuen Kalendern

Man sollte alle Tage wenigstens ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Bild ansehen, empfiehlt Goethe. Diesem Wunsche kommen in ständig steigender Zahl die vielen Bildkalender entgegen, die in diesen Wochen von den westdeutschen Verlagen für das kommende Jahr herausgebracht wurden.

Der „Hyperion-Kunstkalender 1954“ des Kurt Desch Verlages in München bringt jede Woche eine neue Graphik, und dazu erscheint jedesmal ein neues Gedicht, wobei auch die lebenden Lyriker zu ihrem Recht kommen.

Ein kleines Kunstwerk für sich ist der „Minnesänger-Kalender“ (Woldemar Klein-Verlag, Baden-Baden). Er bietet 12 Farb- und Golddrucke aus der Manessischen Handschrift.

Unter den vielen Jahresweisern für den Naturfreund nimmt „Paul Eippers Tierkalender“ (Piper-Verlag, München) eine besondere Stellung ein. Die Auswahl seiner Fotos und Texte zeugt von Sachkenntnis und Liebe zur Tierwelt.

Erinnerungen an unvergessene deutsche Heimat erweckt der Kalender „Pommersche Kostbarkeiten“ (Verlag Chr. v. d. Ropp, Hamburg). Hier sind mit Geschmack und Sachkenntnis Zeugnisse deutscher Kultur aus dieser Ostprovinz zusammengetragen und erläutert.

Wer die Schönheiten der eigenen Heimat dem Trip in die Ferne vorzieht, dem sei ganz besonders der „Berlin-Kalender“ (herausgegeben von Wolfgang Stapp) empfohlen. Auf 26 Großbildern hat der bekannte Berliner Fotograf Fritz Eschen Landschaft und Architektur, Gegenwart und Vergangenheit Berlins festgehalten.

Aber auch an den Humor ist

gedacht. Und hier ist zunächst der bewährte „Kalender mit Humor“ des Verlages Middelhaue, Opladen, zu nennen. Er erscheint unter dem Titel „Wie die Zeit vergeht“. Die köstlichen, oft hintergründigen Zeichnungen stammen — wie immer — von Olaf Gulbransson, die Verse der kritischsten und schärfsten deutschen Federn wurden von Paul Schaaf ausgewählt.

Die Sprache des deutschen Ostens

„Kann die deutsche Sprache schnauben, Schnarchen, poltern, donnern, krachen, Kann sie doch auch spielen, scherzen, Liebeln, güteln, kürmeln, lachen.“

Unter diesem Motto nach den Worten Friedrich v. Logaus stand ein Streifzug durch die Mundarten von Königsberg bis Breslau im Berliner Studentenhause. Veranstalter waren der Deutsche Sprachverein und die Stiftung Haus der ostdeutschen Heimat.

Prof. Dr. Altenberg sprach in seinen einführenden Worten vom Sinn der Mundartpflege zur Förderung des Heimatgedankens. Vor allem müsse man bemüht sein, der Jugend das mundartliche Sprachgut zu vermitteln, damit es nicht in Vergessenheit gerate.

Von allen Gütern der Heimat sei allein die Sprache unzerstör-

„Weltall-Botschaften“

Neuerdings ist es gelungen, im britischen Cavendish-Laboratorium in Cambridge und auf den kalifornischen Sternwarten Mount Wilson und Palomar die Ursprungsstellen geheimnisvoller „Radiobotschaften“ aus dem Weltall zu lokalisieren und optisch nachzuweisen.

Zwei dieser „Sender“ im Weltall wurden als in Bewegung befindliche Gasnebel in den Sternbildern Cassiopeia und Puppis, also im Bereich unseres Milchstraßen-Systems, und ein dritter als die Stelle eines gewaltigen Zusammenstoßes im Sternbild des Schwans außerhalb der Milchstraße festgestellt.

bar. Wohl habe man uns die Landschaft nehmen können, nicht aber die Sprache. Gerade die Mundarten des deutschen Ostens dürften deshalb nicht verlorengehen. Durch die Ansiedlung der Ostdeutschen in den anderen deutschen Sprachgebieten sei die Gefahr gegeben, daß sich ihre Mundarten abschliffen und anglichen. Der Deutsche Sprachverein habe es

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt:

Täglich ab 13 Uhr in stündlicher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn

um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Außerdem in der Lesestube in Neukölln, Boddinstraße Ecke Karl-Marx-Straße: montags bis freitags 20 Uhr, sonnabends 19 Uhr und 20 Uhr.

sich daher zur Aufgabe gemacht, hier helfend und stützend einzugreifen, um das überkommene Gut zu erhalten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 920231, Druck: W. Büxenstein, GmbH.